



Ständerat Beat Vonlanthen zieht Initiative zum Radiostudio-Standort zurück

Medien Eineinhalb Stunden lang debattierte der Ständerat, ob der SRG die Zügelpläne zu verbieten seien – ergebnislos.

Man hätte meinen können, es sei eine Retourkutsche. Wenn Ständeräte so wenig staatspolitisches Gespür aufbringen für die Bedeutung der SRG-Standorte, dann soll ihnen auch die Genugtuung des Abstimmungsresultats verwehrt bleiben.

Natürlich war das nicht so gemeint, als CVP-Ständerat Beat Vonlanthen (FR) am Dienstagabend seine parlamentarische Initiative zurückzog. Dahinter steckte vielmehr Taktik: Der Ständerat hätte den Vorstoss, welcher der SRG die Zentralisierung der Radioproduktion in Zürich und der TV-Produktion in Lausanne verbieten will, wohl sehr deutlich abgelehnt. Dieses entmutigende Zeichen sollte verhindert werden. Im September entscheidet der Nationalrat über fünf parlamentarische Initiativen mit demselben Wortlaut.

Sorgen wegen Medienvielfalt

13 Redner und eine Rednerin hatten sich im Ständerat zur Vorlage geäußert, die Hälfte von ihnen im Sinne des Vorstosses. Es gebe eine besorgniserregende Entwicklung, was die Leitmedien im Land betreffe, «wenn alles zu-

sammengelegt und in Zürich zentralisiert werden soll», sagte der St. Galler SP-Ständerat Paul Rechsteiner. Es handle sich bei diesem Entscheid der SRG nicht einfach um eine operative Frage, sondern um den Service public, der Gesetzgeber habe eine Mitverantwortung. Die SRG-Spitze wäre laut Rechsteiner gut beraten, auf den Entscheid vom September 2018 zurückzukommen. Damals hatte der SRG-Verwaltungsrat entschieden, Teile des Radiostudios von Bern nach Zürich zu verlegen sowie Teile der TV-Produktion von Genf nach Lausanne. Gesamthaft handelt es sich um rund 350 Arbeitsplätze.

Er sei die eine dissidente Stimme in der Kommission gewesen, sagte Rechsteiner. Die vorberatende Fernmeldekommission des Ständerats hatte Anfang Mai mit zwölf zu einer Stimme gegen die parlamentarische Initiative Vonlanthen entschieden. Mehr Unterstützung werden die Initiativen im Nationalrat haben. Dort verwarf die Kommission das Anliegen Mitte Januar mit 14 zu 10 Stimmen. Gestern im Ständerat sprachen sich auch Christian Levrat, Hans Stöckli,

Robert Cramer, Werner Luginbühl und Beat Rieder für die Initiative aus. Dagegen sprachen Claude Janiak, Hans Wicki, Géraldine Savary, Olivier Français, Konrad Graber, Damian Müller und Filippo Lombardi.

Standorte ins Gesetz?

Die Gegner der Initiative, das heisst: die Befürworter der operativen Freiheit der SRG, betonten, dass die SRG sparen müsse und ihr der Spielraum gebühre, es so zu tun, wie sie es für richtig erachte. Der Ständerat dürfe nicht zu einem Super-Verwaltungsrat werden, sagte Konrad Graber. Auch meldeten sie Bedenken an, ob man die Produktionsstandorte namentlich ins Gesetz schreiben soll, wie das die Initiative vorschlägt. Hierzu gab sich Initiant Vonlanthen für eine weitere Debatte flexibel. Es gehe tatsächlich nicht um einen Standortentscheid für Redaktionen, sagte er, sondern: «Wollen wir, dass im Service public die gleiche problematische Entwicklung einsetzt wie bei den privaten Medien?»

Claudia Blumer